

IV. Gegenwehr und soziale Bewegungen

1. Die Bewegung der Selbstorganisation in Griechenland

Von Georgia Bekridaki

Als Folge der Durchsetzung der Sparpolitik und der Auflösung des größten Teils der Überreste des Sozialstaates hat sich in Griechenland ein soziales Desaster ausgebreitet, das von vielen als »Verhältnisse wie in der Dritten Welt« beschrieben wird. Die Arbeitslosigkeit hat Rekordmarken erreicht, die Kaufkraft der Menschen ist um fast 50 Prozent gefallen, die länger Arbeitslosen haben keine Krankenversicherung mehr und können sich somit Gesundheitsdienstleistungen häufig nicht mehr leisten, viele Kindergärten, Schulen und Privathäuser konnten diesen Winter nicht beheizt werden und Millionen von Haushalten haben keinen Strom mehr, weil sie ihre Stromrechnungen nicht bezahlen können.

Desweiteren wird der Zerfall des sozialen Zusammenhalts zur Realität, weil soziale Dienstleistungen abgebaut wurden. Am stärksten von dieser Entwicklung betroffen sind AsylbewerberInnen und ZuwandererInnen, die man zwingt, am Rande der Gesellschaft in einer oft gewalttätigen Umgebung zu leben, die aus einem allgemeinen Klima von Angst und Verzweiflung resultiert.

Auf der politischen Ebene haben die drei Parteien, die die gegenwärtige Regierung bilden, die politische Entscheidung getroffen, die verschiedenen Austeritätsprogramme (Memoranden) trotz ihrer verheerenden Auswirkungen für die griechische Gesellschaft bedingungslos durchzusetzen. Die bedeutendste Oppositionspartei SYRIZA (die aus dreizehn Organisationen bestehende Koalition der radikalen Linken) versucht, die Kämpfe der Bevölkerung zu organisieren und spielt bei den verbreiteten Solidaritätsaktionen und in der Bewegung für Selbstverwaltung eine gewisse Rolle. Doch in den vergangenen zwei Jahren hat auch die Neonazi-Partei Chrysi Avgi (goldene Morgenröte) viele Anhänger hinzu gewinnen können (bei den Wahlen hat sie sieben Prozent der Stimmen erhalten), obwohl ihre Ideologie, ihr Programm und ihr Handeln eindeutig als faschistisch zu bezeichnen sind.

Dies also sind die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, unter denen sich seit 2009 in der griechischen Gesellschaft eine inzwischen breite Solidaritätsbewegung für Selbstorganisation hat entwickeln können.

Es handelt sich um eine selbstorganisierte Bewegung von Menschen in Not für Menschen in Not, um eine kollektive Anstrengung der Basis der Bevölke-

rung (ArbeiterInnen, RentnerInnen, junge Leute, Frauen, Bauern und Bäuerinnen, ZuwandererInnen), die auf ihren eigenen Füßen stehen möchten, um die Ursachen und Konsequenzen der Krise zu bekämpfen, gegen die Demontage des Sozialstaates und den Abbau der politischen Rechte der arbeitenden Mehrheit, die in über einem Jahrhundert sozialer Kämpfe errungen worden sind, Widerstand zu leisten.

Die Bewegung versucht gleichermaßen, die Mittel für das Überleben der Menschen zu sichern und am Aufbau einer anderen Gesellschaft zu arbeiten. Die Entwicklung neuer Formen der Selbstorganisation der Bevölkerung, von Strukturen der gesellschaftlichen Solidarität, die im ganzen Land in einer unglaublichen Vielfalt entstehen, steht am Beginn eines Beispiels nicht nur für eine mögliche Krisenlösung zugunsten der Bevölkerungsmehrheit, sondern auch zugunsten einer anderen Organisationsform, einer tiefgreifenden und radikalen demokratischen Umwälzung der Gesellschaft.

Der Beginn von Strukturen der Solidarität und des Widerstands

In den vier Jahren der Politik der durch die Troika (EZB, EU und IWF) durchgesetzten Memoranden leistete die griechische Gesellschaft massiv Widerstand gegen eine Politik, die ihre Gegenwart und vor allem ihre Zukunft untergräbt. Von Kreta bis Evros, von Rhodos bis Florina schufen tausende Männer und Frauen, Junge und Alte, Einheimische und Migranten von unterschiedlichen politischen Überzeugungen und ideologischen Ausrichtungen – doch alle in der Überzeugung, dass die Politik der Memoranden beendet werden muss – mittels sozialer Eruptionen und Kämpfe eine Massenbewegung des Widerstandes und der Solidarität, indem sie die Parole »Niemand wird in der Krise allein gelassen« riefen und in die Praxis umzusetzen suchten.

Seit 2009 gab es bereits eine Massenbewegung, die gegen die Straßengebühren und die Preiserhöhungen für den öffentlichen Verkehr Widerstand leistete. Die sogenannte »Wir können und wollen nicht zahlen!«-Bewegung verbreitet den Geist zivilen Ungehorsams und praktizierte ihn in verschiedenen Formen.

Vom Mai bis August 2011 spielte die »Bewegung der Empörten« eine besondere Rolle bei der Mobilisierung der Bevölkerung, weil sie neue Kampfformen, friedliche Demonstrationen, kreative Widerstandsaktionen und den Aufbau von Netzwerken des Widerstands miteinander verband. Zahlreiche Nachbarschaftsinitiativen und soziale Bewegungen kamen auf dem Syntagma-Platz (vor dem Parlament) und auf zentralen Plätzen der anderen Städte des Landes zusammen und begannen den Versuch, ihre Tätigkeiten zu koordinieren.

Die »Empörten« besetzten die Plätze und viele von ihnen übernachteten auch dort. Es wurden Arbeitsgruppen nach Themen eingerichtet. Es gab tägli-

che Vollversammlungen und die Entscheidungen wurden nach den Verfahren direkter Demokratie getroffen. Jeden Abend fanden fast drei Monate lang Vollversammlungen auf den Plätzen statt. Auf diesen Vollversammlungen diskutierten die »Empörten«, planten ihre Tätigkeiten und kamen über viele Fragen zu Entscheidungen.

Die Menschen, die sich an dieser Bewegung beteiligten, hatten unterschiedliche politische Ausrichtungen. Zunächst versuchte die Bewegung, jede Beziehungen zu politischen Parteien zu vermeiden. Auch betrachtete sie die klassischen politischen Methoden des Kampfes mit großer Skepsis. Andererseits muss man jedoch auch bemerken, dass die Höhepunkte dieser Bewegung während der Generalstreiks stattfanden, als die Arbeiterbewegung mit der spontanen Bewegung der Bevölkerung in Kontakt kam.

Im Juli 2011 wurde den Menschen klar, dass sich diese Bewegung auf die anderen Stadtviertel von Athen und das ganze Land ausweiten musste. So wurden in vielen Städten einige Hundert Versammlungen abgehalten und der Geist von Selbstorganisation und Solidarität war bereits soweit gereift, dass die Menschen mit Solidaritätsaktionen vor Ort begannen.

Die Solidaritätsbewegung besteht mittlerweile aus über 250 selbstorganisierten Kollektiven und Initiativen, von denen die Hälfte im Großraum Athen und der Rest im ganzen Land angesiedelt ist. Sie sind in vielen Bereichen und in unterschiedlichen Formen tätig. Zunächst versuchten sie, Antworten auf die nötigsten Bedürfnisse des Überlebens und des kollektiven Handelns zu geben. Sie begannen ihre Tätigkeit in so wesentlichen Bereichen wie Gesundheit, Nahrung, Bildung usw. und wurden immer mehr zu Agenten gesellschaftlicher Veränderung. Die wichtigste Basis für diese Projekte und der Ausgangspunkt ihrer Aktivitäten ist der eigene Stadtteil und die wesentlichste Form des Funktionierens die offene Versammlung sowohl derjenigen, die als OrganisatorInnen tätig sind, wie auch der Betroffenen.

Die Beteiligung der Menschen, die Hilfe brauchen, ist ein wesentliches Ziel der Solidaritätsbewegung. Ein erheblicher Teil der AktivistInnen in diesen Strukturen sind natürlich arbeitslose Frauen und Männer oder Leute, die keine Beschäftigung mehr haben (etwa RentnerInnen, verarmte kleine Geschäftsleute, Menschen der unteren »Mittelklasse«) – aber auch ArbeiterInnen in prekärer Beschäftigung. Es ist ein informelles Netzwerk der verschiedenen Solidaritätsstrukturen entstanden, das entweder nach geografischen Gegebenheiten oder den Tätigkeitsbereichen (z. B. die medizinische Versorgung) funktioniert. Damit soll die Effizienz gesteigert werden.

Eine Entwicklung erst jüngerer Datums ist die Initiative von Gewerkschaften, eigene Solidaritätsstrukturen für die Mitglieder aufzubauen. Diese

Begegnung der Solidaritätsbewegung mit den Gewerkschaften könnte der Bewegung eine andere Perspektive und Dynamik verschaffen und sich positiv auf die Resultate der kommenden gesellschaftlichen und politischen Kämpfe in Griechenland auswirken.

Die Kartoffelbewegung – ohne den Zwischenhandel

Im Februar 2012 starteten Mitglieder der Freiwilligengruppe der Präfektur Pieria in der Stadt Katerini im Norden Griechenlands die sogenannte »Kartoffelbewegung«. Die Bewegung begann damit, dass Bauern aus Nevrokopi aus der Region Drama in Thrakien ihre Kartoffeln kostenlos an Bedürftige verteilten. Die Bauern protestierten damit gegen die ruinöse und beschämende Preisgestaltung der Zwischenhändler, die die Kartoffeln z. B. an Großmärkte weiterverkaufen. Um ihre Solidarität mit den Bauern zu zeigen, entschlossen sich die Mitglieder der Freiwilligengruppe von Pieria, die Bauern einzuladen, ihre Produkte direkt an die KonsumentInnen ihrer Stadt Katerini zu verkaufen. Binnen eines Tages wurden 24 Tonnen Kartoffeln über ihre Website zu etwa einem Drittel des Preises in den Supermärkten verkauft.

Die »Kartoffelbewegung« stellt eine sehr erfolgreiche Initiative dar, die inzwischen von Hunderten von Initiativen im ganzen Land praktiziert wird. Sie stand am Beginn der Bewegung »ohne Zwischenhändler«. Ihre Praxis besteht darin, die ProduzentInnen von landwirtschaftlichen Produkten mit den KonsumentInnen in den Städten zusammen zu bringen. Durch Überspringen der Zwischenhändler der Handelskreisläufe bzw. der Supermärkte (die zu meist in der Hand von deutschen oder französischen Ketten sind, so Lidl oder Carrefour) bekommen die ProduzentInnen die Möglichkeit, ihre Produkte zu besseren und faireren Preisen zu verkaufen; die KonsumentInnen haben den Vorteil, dass sie deutlich billiger als in den Supermärkten an frischere Ware kommen.

Ein Charakteristikum dieser Bewegung ist es, dass auch Bauern mit kleiner Produktion unterstützt werden, die ökologischen Landbau betreiben, oder solche, die die Böden und vor allem die Rechte der LandarbeiterInnen respektieren; die Bewegung befördert auch die Produktion vor Ort für die dortigen Bedürfnisse und stellt die Frage der Nahrungsmittelsouveränität auf sehr konkrete Art und Weise.

Außerdem zeigt sie den Weg für eine kollektive Antwort auf die Frage der Distribution von Nahrungsmitteln und macht einen Vorschlag für den Umbau der Ökonomie in Richtung Partizipation. Es entstand ein Netzwerk mit ProduzentInnen und KonsumentInnen, das für permanente Formen einer

direkteren Verfügbarkeit von Gütern mittels »Gesellschaftsläden« sorgt, aber auch mittels selbstverwalteter städtischer kollektiv betriebener Höfe.

Seit 2012 sind die »Gesellschaftsläden« überall im Land entstanden. Sie bieten die Produkte der »Bewegung ohne Zwischenhandel« zu günstigen Preisen an und arbeiten gleichzeitig als selbstverwaltete Kooperativen. Dadurch wird die soziale Ökonomie im Bereich der Nahrungsmittel mit der sozialen Ökonomie als Antwort auf die Arbeitslosigkeit verbunden.

Die Suppenküchen

Im Bereich der Nahrungsmittel sind auf dem Hintergrund der tiefen Krise sehr viele Initiativen entstanden und haben sich entwickelt. Es wurden Nahrungsmittel gesammelt und an solche Haushalte ausgegeben, die ohne diese Hilfen oft nicht überleben könnten. Doch bei diesen Initiativen geht es auch um das Problem der *Beteiligung und Aktivierung* der Menschen, die solche Probleme haben. Man möchte ihre gesellschaftliche Isolierung und Vereinzelung aufbrechen und gegen die Tendenzen der Verzweiflung, des Rette-sich-wer-kann, der gesellschaftlichen Fragmentierung usw. ankämpfen, die alle die faschistischen Tendenzen begünstigen; in allen Stadtteilen sollen der gesellschaftliche Zusammenhalt und der Gemeinschaftsgeist gestärkt werden.

Beispiele für ein solches Vorgehen sind das Netzwerk der Solidarität von Vyronas (Groß-Athen), das binnen eines halben Jahres (man begann im Juli/August 2012) zweimal pro Monat 240 Familien mit Nahrungsmitteln versorgt. Das Netzwerk begann mit etwa fünf Leuten zu arbeiten, während inzwischen gut dreißig Menschen sich an den Versammlungen beteiligen. Die am Netzwerk Beteiligten holen Nahrungsmittel aus den Supermärkten, und zwar nicht von den Eigentümern, sondern den Kunden, und informieren sie gleichzeitig über die Aktivitäten in ihrem Stadtteil. Dieses Netzwerk der Solidarität arbeitet auf drei Grundlagen: a) es hilft allen ohne Unterschied, die in Not sind; b) es organisiert praktische Solidarität als Hebel für die BürgerInnen und nicht als »Wohlfahrtsmaßnahme«, die zu Inaktivität führt; c) die Entscheidungen werden in einer Vollversammlung getroffen, an der alle Beteiligten teilnehmen und in der die konkreten Anforderungen an die tagtägliche Solidaritätsarbeit besprochen werden. Diese Prinzipien sind fast allen selbstorganisierten Solidaritätsstrukturen gemeinsam.

Ein anderes sehr interessantes Beispiel ist der »Tisch der Solidarität und Emanzipation«, der in Kavala (Nordgriechenland) organisiert wird. Dieser Tisch der Beteiligung startete an Weihnachten 2011. Seit Ostern 2012 wird er jeden Freitag abgehalten und seit Oktober 2012 gibt es dreimal die Woche auch ein Mittagessen. Es sind alle eingeladen, die Hilfe brauchen oder die

zum Gelingen beitragen können (durch Lebensmittel, Teller, Geschirr, Tischtücher, Beteiligung an der Zubereitung, beim Abwasch usw.). Gewöhnlich stammen die Lebensmittel von Spenden; nach dem Abendessen gibt es Musik oder Gesprächsrunden der Beteiligten, damit vermieden wird, dass es eine reine Charity-Veranstaltung wird; es soll um gemeinsames Handeln – aber auch zusammen Feiern gehen. Der »Tisch der Solidarität« deckt inzwischen die Bedürfnisse von 200 Menschen; er begann zunächst mit zehn OrganisatorInnen, die inzwischen jedoch auf über vierzig angewachsen sind; sie möchten demnächst jeden Tag Essen ausgeben.

Die Selbstorganisation und vor allem der kulturelle Rahmen unterscheidet diese Formen von Suppenküchen oder Verteilung von Nahrungsmitteln ganz und gar von der Art und Weise, wie die »Goldene Morgenröte« ihre Essenverteilung an die Bevölkerung vornimmt. Sie geben Nahrungsmittelpakete ausschließlich an Griechen aus, die sie vorher selbst gekauft haben und nehmen die Armut zum Anlass (und Vorwand), sich ein humanitäres Image zu verschaffen und ihre gewalttätigen, faschistischen Handlungen zu verstecken. Sie desorientieren die arme und unterdrückte Bevölkerung, indem sie die gesellschaftlichen Gründe für ihre Leiden verbergen und andere arme Bevölkerungsteile (wie Migranten, Flüchtlinge oder Roma) als Ursachen für die Verarmung von Griechen ausgeben. Wo die Ideen der »Goldenen Morgenröte« auf fruchtbaren Boden fallen, werden die sozialen Bande mehr und mehr aufgelöst.

Soziale Kliniken und Apotheken

Im Bereich der Gesundheitsversorgung sind soziale Kliniken und Apotheken entstanden, die sich vor allem um die arbeitslose und die nicht versicherten Teile der Bevölkerung zu kümmern haben.

Die Projekte stellen auch eine Antwort auf den (durch die Sparprogramme erzwungenen) steten Rückzug des Staates aus seiner Verpflichtung dar, allen BürgerInnen eine kostenlose und gute Gesundheitsversorgung zur Verfügung zu stellen. Gegenwärtig haben mehr als ein Drittel der Bevölkerung keinen Anspruch auf eine kostenlose Gesundheitsversorgung, entweder weil sie schon länger arbeitslos sind (nach einem Jahr verliert man zumeist den Krankenversicherungsschutz) oder aber weil sie sich die Krankenversicherung nicht mehr leisten können.

Die Arbeit der Kliniken beruht ausschließlich auf der Arbeit von Freiwilligen, vor allem Fachpersonal (Ärzte, Zahnärzte, Krankenschwestern usw.). Sie werden durch Spenden aus der Bevölkerung unterstützt.

Einige wenige Kommunen (mit linken Bürgermeistern) haben ihnen durch Zur-Verfügung-Stellen von Infrastruktur (Gebäude, Heizung, Strom) geholfen. Man kann sich ein Bild von der Mobilisierung der Bevölkerung machen, wenn man die Entwicklung der Sozialklinik »Metropolitan Clinic of Elliniko-Argyroupoli« am alten Flughafen von Athen betrachtet. Sie wurde im Frühjahr 2012 mit Hilfe von etwa 60 Freiwilligen gegründet, doch inzwischen arbeiten dort über 150. Alle Entscheidungen werden in Vollversammlungen getroffen, wobei alle Beteiligten – also die medizinischen Fachleute genauso wie die vielen freiwilligen HelferInnen – in die Bemühungen einbezogen sind, für die Patienten und Patientinnen möglichst gute Hilfsleistungen bereit zu stellen.

Inzwischen ist ein ganzes Netzwerk von solchen sozialen Hilfszentren und Apotheken entstanden. Sie alle versuchen, dem Problem fehlender medizinischer Hilfe, Mangel an Medikamenten, fehlendem Versicherungsschutz usw. durch das Sammeln von Medikamenten, die gespendet oder nicht mehr gebraucht werden, Abhilfe zu schaffen. Die Daten von drei sozialen Kliniken vom Süden bis in den Norden des Landes zeigen den immer größer werdenden Bedarf an medizinischen Behandlungen und Medikamenten. Die soziale Klinik in Rethymnon (Kreta) behandelte 780 Menschen 2008/09, 1100 2010 und 1580 2011.

Entsprechend stieg die Zahl der behandelten Menschen in der sozialen Klinik von Thessaloniki zwischen November 2011 und November 2012 auf über 6000 an. Der erste Schritt beim Aufbau dieser Klinik in der zweitgrößten Stadt Griechenlands bestand im Zusammenrufen jener im Gesundheitsbereich Arbeitenden, die im Januar 2011 ihre Solidarität mit einer früheren Initiative bekundet hatten, die als »Hungerstreik der 50 Immigranten« bekannt geworden ist. Nachdem der Aufruf gestartet und sichergestellt worden war, dass sich ausreichend qualifizierte Menschen beteiligen würden, um die Bereiche Schmerzbehandlung, Kindermedizin, Neurologie, Psychiatrie, Zahnbehandlung und Pharmazie abzudecken, wandte man sich an die Presse und gab den Rundfunksendern und den Zeitungen der Stadt Interviews.

Nach fünf Monaten Arbeit stellte das örtliche Arbeiterzentrum den gesamten ersten Stock eines Gebäudes zur Verfügung. Sogleich begann das Team der Social Clinic of Thessaloniki mit seiner Arbeit.

Das Ziel dieser Art von Kliniken und Apotheken ist es, erste Hilfe für Menschen in Not und ohne Unterstützung durch den Sozialstaat zur Verfügung zu stellen. Daher gehören diese Strukturen zum Kampf aller im öffentlichen Gesundheitswesen Beschäftigten, die für ein öffentliches Gesundheitswesen

eintreten, das allen im Lande lebenden Menschen bestmögliche Gesundheitsversorgung bieten soll.

Gesellschaftliches Bildungswesen

Obwohl es in Griechenland ein öffentliches Bildungswesen gibt, muss die Mehrheit der SchülerInnen und StudentInnen nachmittags privat Nachhilfestunden nehmen. Wegen der Krise können sich immer weniger Eltern solche Nachhilfestunden leisten, was direkte Auswirkungen auf die Prüfungsergebnisse der StudentInnen hat.

Unter diesen Bedingungen werden von gewerkschaftlich organisierten arbeitslosen LehrerInnen, von Verbänden von Eltern und freiwilligen StudentInnen »soziale Nachhilfestunden« und Abendkurse zu Unterstützung von Kindern und Jugendlichen angeboten, die sich die hohen Kosten für private Nachhilfestunden nicht (mehr) leisten können. Viele dieser Abendkurse werden von gemeinsamen Versammlungen von LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen organisiert. Wir müssen betonen, dass sie natürlich keine Ersetzung des öffentlichen Bildungssystems anstreben, sondern die Ungleichheiten eines von massiven Kürzungen betroffenen Systems bekämpfen. So wurde beispielsweise die Solidarity School of Nikaia, einer der ärmsten Arbeitergemeinden von Piräus im Großraum Athen, im März 2012 in diesem Rahmen geschaffen. Es gab eine Initiative von einer Gruppe von LehrerInnen, die Kontakt zur örtlichen Vereinigung der Eltern schulpflichtiger Kinder aufnahm, die das Projekt unterstützten. An den ersten Kursen nahmen etwa 50 Kinder teil. Im September startete man dann mit 25 LehrerInnen, hundert SchülerInnen, aus denen bald 120 wurden (nun gibt es eine lange Warteliste), sowie 25 Freiwilligen für Sekretariatsarbeiten usw., Aufgaben, die reihum von den Eltern der beteiligten Kinder übernommen werden.

Soziale und solidarische Ökonomie

Neben den bereits erwähnten Projekten der sozialen Ökonomie gibt es eine Reihe anderer (die teilweise bereits in der Zeit vor der Krise entstanden sind, aber seither ihre Aktivitäten ausgedehnt haben). Eine solche Praxis stellen die »freien Bazare« dar, die gewöhnlich in den Stadtvierteln abgehalten werden. Ein anderes Beispiel sind die lokalen Parallelwährungen (Local Exchange Trading System, L.E.T.S.), die lokalen Ursprungs sind, demokratisch organisiert werden und keine Profitabsichten verfolgen; sie geben den Mitgliedern die Möglichkeit, Güter und Dienstleistungen zu tauschen, indem sie als Währung örtliche LETS-Kredite einsetzen. Menschen, die diesen Netzwerken beitreten, können für alle anderen arbeiten oder bei ihnen einkaufen und dabei

mittels der LETS-Währung Kredit bekommen. Jedes LETS-Mitglied hat ein Konto, auf dem die verdienten und die verausgabten Kredite verzeichnet sind.

Eine andere vergleichbare Praxis stellt die »Zeitbank« dar. Dabei handelt es sich um ein Netzwerk von Leuten, die Dienstleistungen pro Zeit und nicht in Geld austauschen. Die Mitglieder des Netzwerks bekommen für ihre Arbeiten Zeitgutschriften, die sie im Tausch mit Dienstleistungen anderer wieder ausgeben können. In diesen Netzwerken gilt, dass eine Arbeitsstunde jeder anderen gleichgesetzt wird.

Vor der Krise gab es zwei oder drei »Zeitbanken«, die in ihren Gruppen als geschlossene Strukturen funktionierten. Nach den Memoranden der Troika sind es nun zwölf, die unterschiedlichen Organisationsmodellen folgen. Der deutlichste Unterschied im Vergleich zu den alten liegt darin, dass die neuen Kollektive sie als Mittel der Organisation und des Widerstandes gegen die Krise ansahen und sie in die Entwicklung der Solidaritätsnetze einbanden, die sich in den Stadtteilen entwickelten, die öffentliche Räume verteidigten usw.

Daneben gibt es eine Reihe von Arbeiterkooperativen, Kaffeshops oder Kneipen, Postasträger oder Computerreparateure, Buchläden, landwirtschaftliche Kooperativen, auch von arbeitslosen Frauen usw. Die gegenwärtige Lage hat dazu geführt, dass sich Ideen und Praktiken sozialisierter und selbstverwalteter Formen der Beschäftigung ausgebreitet haben. Hier gibt es keine Beschäftigten und keine Bosse mehr. Die Kooperativen gehören denjenigen, die dort arbeiten oder die jeweils Mitglieder sind.

Gewöhnlich arbeiten alle Mitglieder gemäß ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten am Aufbau mit. Die Risiken und Verantwortlichkeiten werden auf alle Mitglieder möglichst gleich aufgeteilt.

Die selbstverwaltete Fabrik VIO.ME

Im Bereich der selbstverwalteten Kooperativen gibt es ein Beispiel von herausragender Bedeutung, das sich in Nordgriechenland, in Thessaloniki ereignet, dessen Ausstrahlung jedoch das ganze Land und darüber hinaus Europa und die arabische Welt betrifft.

Der Kampf von VIO.ME ist zweifelsohne einer der bedeutendsten Arbeiterkämpfe, die in dieser Periode in Griechenland ablaufen. Die Fabrik (Vio-mihaniki Metalleytiki) wurde vom Besitzer aufgegeben; die Arbeiter haben seit Mai 2011 keinen Lohn mehr bekommen. Zunächst versuchten sie, die Betriebsleitung zur Wiederaufnahme der Produktion zu bewegen. Sodann bemühten sie sich um Investoren. Schließlich reifte bei Ihnen die Einsicht, dass sie die Fabrik in Eigenregie übernehmen mussten. Sie lehnten es ab, arbeitslos zu werden und kämpften für die Übernahme der Produktion in

die eigenen Hände. »Angesichts einer Arbeitslosigkeit von fast 30 Prozent, sinkenden Löhnen, abgespeist mit leeren Versprechungen und Steuererhöhungen, ohne Lohn seit Mai 2011, in einer von den Eigentümern verlassenen Fabrik, in der die Produktion stillstand, haben die Arbeiter von VIO.ME auf ihrer gewerkschaftlichen Vollversammlung beschlossen, sich nicht mit langfristiger Arbeitslosigkeit abzufinden, sondern darum zu kämpfen, die Fabrik zu übernehmen und sie selbst zu betreiben. Es ist nun an der Zeit für Arbeiterkontrolle bei VIO.ME!«, heißt es in einer Solidaritätserklärung, die auch von zahlreichen namhaften Persönlichkeiten unterschrieben wurde. (vgl. die Website www.viome.org)

Nach 13 Monaten Fabrikbesetzung, um den Abtransport der Maschinen zu verhindern, nahmen sie auf einer Vollversammlung folgende Beschlüsse an:

1. Die frühere Betriebsleitung muss die Schulden des Unternehmens bis zum Zeitpunkt dieser Beschlussfassung komplett übernehmen;
2. Der frühere Verwaltungsrat gilt als zurückgetreten, ein neuer wird gewählt, der hauptsächlich aus Vertretern der Arbeitenden bestehen wird. Seine Mitglieder können von der Vollversammlung der Arbeitenden direkt abberufen werden.
3. Die neue Gesellschaft finanziert sich prinzipiell aus dem Arbeitslosengeld, auf das die Arbeitnehmer Anspruch haben, und aus dem Zuschuss für arbeitslose Unternehmer, den das Arbeitsamt (OAED) auszahlt.
4. Die Anteile an der Gesellschaft werden genossenschaftlich unter die Arbeitenden aufgeteilt. Alle, die keine Anteile übernehmen wollen, werden die Arbeit in der Fabrik gemäß dem kollektiven Tarifvertrag fortsetzen.
5. Für die neue Gesellschaft wird eine genossenschaftliche Rechtsform gesucht.

Es ist klar, dass der Fortgang der Ereignisse große Bedeutung für die Zukunft haben wird. Wenn die Arbeitenden Erfolg haben, wird das die Bewegung der Genossenschaften und der Arbeiterselbstverwaltung voranbringen; sie könnte sich auf weitere Betriebe und Fabriken ausdehnen.

Die Fabrik stellt Baumaterial von guter Qualität her: Mörtel, Putz, Klebstoffe für Fliesen und Verbundmaterialien, Material für wasserdichte Verfugungen usw. Die Belegschaft steht nun vor der Herausforderung, Abnehmer für ihre Produkte in Griechenland, auf dem Balkan und in der arabischen Welt zu finden. Außerdem müssen einige Investitionen getätigt werden. Die Arbeiter haben einen Businessplan erstellt und sind optimistisch, dass sie Erfolg haben können; sie werden allerdings einige Zeit brauchen, bis sich die Produktion und der Absatz stabilisiert haben. Sowohl materiell wie moralisch sind sie auf Unterstützungsaktionen angewiesen, die vor allem aus der solidarischen

Ökonomie kommen sollen. Sie bemühen sich, einen Teil der Produktion auf biologisch abbaubare Produkte für die Haushalte umzustellen.

VIO.ME ist der erste Versuch im krisengeschüttelten Griechenland, einen Industriebetrieb in Selbstverwaltung zu führen. Den Arbeitenden ist bewusst, dass ohne die Unterstützung einer breiten Solidaritätsbewegung ihr Ansatz in große Schwierigkeiten kommen kann. Doch am Tag vor der Wiederaufnahme der Produktion gab es eine mächtige Solidaritätsdemonstration. Außerdem wurde ein großes Fest gefeiert, an dem in der völlig überfüllten Halle gut sechstausend Menschen teilnahmen – viele mussten draußen bleiben. Auf dem Höhepunkt des Abends erklärten die Arbeitenden, welche Vorstellungen einer anderen Gesellschaft sie haben – diese soll gerecht und solidarisch sein und in Selbstverwaltung funktionieren.

Soziale Kulturzentren

Die Entwicklung von Dutzenden alternativer Sozialräume autonomer Bürgerinitiativen, sozialer Bewegungen, linker und radikaler Gruppen, die bereits vor gut zehn Jahren begann, hat inzwischen ein informelles Netzwerk geschaffen. Diese Räume stellen eine neue politische Kultur der Selbstorganisation dar. Die Aktivitäten umfassen sowohl politische wie kulturelle Bereiche. Sie verbinden vielerlei Gruppen, Initiativen, Bürgerkomitees usw., die sie als Treffpunkte für ihre kollektiven Aktionen in den jeweiligen Stadtteilen verwenden. Eines der interessantesten Projekte ist das *Social Music Conservatory*, ein Ansatz von MusiklehrerInnen, der mit einem Aufruf über Twitter im Februar 2012 begann, als kostenlos Musikunterricht angeboten wurde.

Im vergangenen Jahr gab es an drei verschiedenen Orten achtzig SchülerInnen, dieses Jahr bereits über 120 SchülerInnen an fünf verschiedenen Orten, die man aus etwa eintausend jungen Leuten ausgewählt hatte, die sich wegen fehlender LehrerInnen oder Räumen beworben hatten. Im *Social Music Conservatory* gibt es über 50 MusiklehrerInnen und 30 HelferInnen für die Verwaltung; an den regelmäßigen Vollversammlungen nehmen die LehrerInnen, die SchülerInnen und die Eltern teil.

Einige Schlussbemerkungen

Dieser breiten und facettenreichen Solidaritätsbewegung geht es nicht nur um konkrete Hilfen, sondern auch um einen Beitrag zum Aufbau einer anderen Welt, die nicht den Gesetzen von Profit und Markt gehorcht. Sie richtet sich gegen die Zerstörung des Sozialstaates und für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Gesellschaft versucht, auf die Krise durch die Schaffung neuer Strukturen der Solidarität, den Aufbau von sozialen Beziehungen neuen Typs,

neuen Formen der Nachbarschaft, neuen öffentlichen Räumen, ersten Ansätzen eines allgemeinen Wandels, zu antworten.

Die Bewegung der Selbstorganisation erfindet sich immer neu und verbreitert sich jeden Tag. Auch ihre Charakteristiken ändern sich, was beweist, dass sie wirklich »von unten«, von der Basis der Gesellschaft kommt, die versucht, kreative Formen des Widerstandes gegen die Konsequenzen der Finanzkrise zu finden, gleichzeitig jedoch ein neues Gesellschaftsmodell anstrebt, in dem die Menschen fortan leben möchten.

Die große Herausforderung für die Bewegung besteht darin, sich immer mehr Menschen im ganzen Land anzunehmen und Gruppen mobilisieren zu müssen, deren Leben sich in den vergangenen Jahren radikal geändert hat. Sie muss ihnen verdeutlichen, welche Macht Menschen haben können, wenn sie »ihr Leben in die eigenen Hände nehmen«.

Jeder und jede, die sich an diesen Solidaritätsstrukturen beteiligen, trifft sich mit anderen und bricht mit der Einsamkeit, wie sie durch Arbeitslosigkeit verursacht wird; er/sie entdeckt und spricht über die wirklichen Bedürfnisse und nicht jene Surrogate, mit denen Menschen in den »entwickelten« Ländern lange Jahre abgespeist wurden; er/sie denkt über menschlichen und kollektiven Wohlstand nach, statt das Leben dem Gewinnstreben zu opfern. Das »wir« ersetzt das »ich« und verwandelt die Menschen in eine aktive Kraft. Diese aktive Kraft ist das entscheidendste Element für jede Gesellschaftsveränderung.

Übersetzung: Paul B. Kleiser